

Neuregelung der Straßenausbaubeiträge – Entlastung für Alle

Von Frank Kuschel

Die Straßen im Dorf oder der Stadt sind oft in schlechtem Zustand, die Schlaglöcher werden immer größer und damit natürlich auch der Lärm durch den Verkehr. Abhilfe kann der Ausbau und die Sanierung der Straßen schaffen – aber direkt dazu kommt die Rechnung in Form der vorgeschriebenen Beteiligung der Anlieger an den Straßenausbaubeiträgen.

Bisher hatten die Bürgerinnen und Bürger in Thüringen unter den im Bundesvergleich schärfsten Bedingungen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu leiden. Die Regelungen, die die CDU zu verantworten hat, sahen nicht nur vor, dass alle Gemeinden die Anlieger an den Kosten von Ausbaumaßnahmen in Höhe von bis zu 75 Prozent beteiligen müssen. Nein, dem Willen der CDU nach konnte diese Zwangsbeteiligung sogar rückwirkend eingefordert werden – und zwar bis zum Jahr 1991. Kein Wunder, dass diese Praxis auf heftige Kritik seitens der Bürgerinnen und Bürger, aber auch von den Kommunen, stieß.

Rot-Rot-Grün wollte rückwirkende Erhebung begrenzen

Im Koalitionsvertrag hatten LINKE, SPD und B90/Grüne vereinbart, die rückwirkende Erhebung der Straßenausbaubeiträge zu begrenzen. Mehr als ein Jahr hat die Koalition verschiedene Lösungen diskutiert. Leider hat sich dabei gezeigt, dass die Begrenzung der Rückwirkung verfassungsrechtlich so gut wie ausgeschlossen ist. Auch wären neue Probleme in den Gemeinden entstanden, weil nicht alle Grundstückseigentümer von dieser Begrenzung profitiert hätten. Erschwerend kam hinzu, dass der Gemeinde- und Städtebund hohe Erstattungen pro Jahr vom Land einfordern würde, sollten die Gemeinden per Gesetz gezwungen werden, auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu verzichten.

Auf Grund dieser Bedenken hat sich Rot-Rot-Grün dafür entschieden, eine bürgerfreundliche Regelung für die aktuelle und künftige Beitrags-



Der Straßenausbau ist ein Muss, die hohe Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger aber endlich nicht mehr.

Foto: Bernd Sterzl / pixelio.de

hebung zu schaffen. Die Thüringer Gemeinden können ab 1. Januar 2019 auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verzichten. Bis dahin können die Gemeinden die Beiträge erheblich absenken, nämlich bis auf zehn Prozent. Mit diesen neuen gesetzlichen Regelungen schafft Rot-Rot-Grün die Voraussetzungen für eine erhebliche finanzielle Entlastung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, aber auch von Unternehmen und Gewerbetreibenden.

Dass die Grundstückseigentümer, die auf die Begrenzung der Rückwirkung gehofft hatten, in dem Zusammenhang enttäuscht sind, ist nachvollziehbar. Andererseits profitieren sie deutlich von der jetzigen Regelung.

Gemeinden können sofort Beiträge absenken

Denn seit Juli 2017 können Gemeinden die Straßenausbaubeiträge absenken, bei Anliegerstraßen von bisher 75 auf 20 Prozent, bei Haupterschließungsstraßen von bisher 45

auf 15 Prozent und bei Hauptverkehrsstraßen von bisher 25 auf zehn Prozent. Die Entscheidung hierüber trifft der Gemeinderat. Es gibt nur zwei zu beachtende Punkte: Die Gemeinde muss einen beschlossenen Haushalt haben und in den vergangenen drei Jahren darf die Gemeinde keine zusätzlichen Landeszuweisungen erhalten haben. Die haben mit etwa acht Prozent der knapp 850 Thüringer Gemeinden in der Vergangenheit aber nur sehr wenige erhalten.

Über entsprechende Anträge können einzelne Gemeinderatsmitglieder, Fraktionen oder, über den Einwohnerantrag, alle Einwohner ab 14 Jahren, die Debatte zur Beitragssenkung einleiten.

Beitragsverzicht und Stopp der rückwirkenden Erhebung

Zum Glück für die Anlieger geht die Regierungskoalition aber noch weiter: Ab 1. Januar 2019 können in Thüringen die Gemeinden ganz auf die Erhebung der Straßenausbaubeiträge verzichten. Vergleichbare Rege-

lungen gibt es in Sachsen, im Saarland und in Niedersachsen. In Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg und Berlin gibt es ohnehin keine Straßenausbaubeiträge mehr.

Auch hier muss die Gemeinde einen Haushalt beschlossenen haben, in den zurückliegenden drei Jahren keine Bedarfzuweisungen vom Land bezogen haben und der Gemeinderat muss den Beitragsverzicht beschließen. Diese Beschlüsse können übrigens jetzt schon gefasst werden, die Gemeinderäte müssen also nicht bis 2019 warten.

Darüber hinaus ist nun auch mit der rückwirkenden Erhebung von Straßenausbaubeiträgen Schluss. Künftig muss vor Beendigung der Ausbaumaßnahme klar sein, ob und in welcher Höhe die Bürgerinnen und Bürger an den Investitionskosten beteiligt werden sollen. Die bisherige Praxis, erst die Straße auszubauen und Jahre später Beiträge zu erheben, ist damit beendet. Rot-Rot-Grün löst Probleme, die die CDU über 20 Jahre ungelöst ließ.

In dieser Ausgabe:

Seite 2:

Man braucht ein dickes Fell
Als jüngste Frau im Stadtrat musste sich Mareike Graf oft behaupten

Seite 3:

Bürgerbus und EGA-Sichtachse
Zum diesjährigen Sommerfest verlieh das KOPOFOR seinen Initiativpreis

Seite 4:

Kulturzentren bedroht
Udo Nauber vom Projekt Eins über die Situation der Einrichtungen

“Man muss sich ein dickes Fell zulegen”

Mareike Graf, 28 Jahre, studierte Politik und Englisch auf Lehramt und leistet derzeit in Berlin ihr Referendariat ab. Sie war in Arnstadt als berufene Bürgerin tätig und ist seit 2014 Stadträtin und Vorsitzende des Jugend- und Sozialausschusses, derzeit ruhen ihre Ämter. Das Interview führte Arne Nowacki.

Wie bist du in die Kommunalpolitik gekommen?

Dadurch, dass ich Politik studiert habe. Ich habe Englisch und Politik auf Lehramt studiert und war politisch sehr engagiert. Irgendwann hatte mich Jens Petermann, der war Bundestagsabgeordneter in der 17. Legislaturperiode, gefragt, ob ich bei ihm im Bundestag arbeiten möchte. Das war alles ganz beeindruckend und ganz schön. Dadurch habe ich auch Frank Kuschel kennen gelernt und dann war ich etwa zwei Jahre berufene Bürgerin im Jugend- und Sozialausschuss. Zu den Kommunalwahlen 2014 bin ich dann selbst angetreten.

Warum?

Hauptsächlich, weil ich mich in Arnstadt für Kinder, Jugendliche, Sport und vor allem für Frauen einsetze. Das Mandat war für mich das Instrument, um das dann tatkräftiger ausüben zu können. Natürlich habe ich mit anderen Leuten darüber geredet, aber vor allem bin ich angetreten, weil es mein eigener Wunsch war.

Da du vorher schon berufene Bürgerin warst, hattest du ja Einblicke in die Kommunalpolitik. Gerade von Jüngeren heißt es, dass sie die häufig als trocken und eher langweilig empfänden. Siehst du das auch so?

Als langweilig habe ich die Kommunalpolitik nie empfunden, ganz im Gegenteil. Gerade als junger Mensch ist man ja oft in Vereinen oder so aktiv, und da berühren einen kommunalpolitische Themen ja, auch wenn das zuerst gar nicht so klar ist. Aber das sind die Orte, wo Politik mit der eigenen Lebenswelt quasi verschmilzt. Deswegen habe ich das nie als dröge oder so empfunden, sondern eigentlich immer als was, wo man mitmachen kann.

Kannst du dich noch an deine erste Stadtratssitzung erinnern?

Meine erste Sitzung, um Gottes Willen. Ja, ich war aufgeregt, es war spannend. Ich bin eines der jüngsten Stadtratsmitglieder und mit Abstand die jüngste Frau. Ja es war schon auch so ... Also ich habe sofort gemerkt, wie kritisch man beäugt wird als junger Mensch. Aber auf jeden Fall aufgeregt, und spannend. War halt was Neues, ne?

Wurdest du nur kritisch beäugt, oder haben dir die anderen Stadträte wegen deines Alters Probleme gemacht?



Ob beim Rennen für den Frieden mit Jens Petermann ...

Ja, leider. Das verfolgt mich, würde ich sagen, bis heute. Also aus meiner eigenen Fraktion absolut gar nicht. DIE LINKE ist da sehr entspannt und offen. Aber vor allem von CDU Seite und so, da wird man oft hinterfragt.

Gerade in meinem eigenen Ausschuss gibt es Mitglieder, die dann doch immer wieder ... ja, anstatt konstruktive Kritik zu üben, mich als Person kritisieren. Dazu gehört auch der Arnstädter Bürgermeister, der das nicht gut findet, dass ich als junge Frau im Stadtrat sitze und mit dem ich auch gerne aneinandergerate. Das ist auch immer wieder dieses Dilemma, das mich stört: Politik braucht und wünscht sich junge Leute. Sind diese jungen Leute aber da und bringen auch noch ein bisschen Erfolg mit, dann ist das alles gleich wieder nicht so prall und wird relativiert. Man wird dann mehr als Bedrohung wahrgenommen anstatt als Unterstützung. Mit diesem Dilemma muss man sich auseinandersetzen, man muss sich dagegen behaupten.

Gelingt dir das?

Ja. Ich glaube, da bringt mein Beruf einen ganz guten Grundrespekt mit,

aber man muss sich dagegen schon zur Wehr setzen, man muss sich ein dickes Fell zulegen und lernen, gewisse persönliche Spitzen zu ignorieren und einfach fachlich zu bleiben. Das hat mich am Anfang viel Kraft gekostet, weil persönliche Belange eine große Rolle spielen.

Das merke ich im Ausschuss noch stärker, weil es natürlich auch viele andere gab, die den Vorsitz gern übernommen hätten. Wenn dann persönliche Missgunst dazu kommt, dann ist der Inhalt leider fast unwichtig. Da muss man sich halt mit dem ein oder anderen schwierigen Kommentar rumschlagen. Aber wenn es am Ende wirklich drauf ankommt, sind wir alle erwachsene Menschen und können uns irgendwie einigen. Aber es ist halt immer ein langer, schwieriger und, ja, emotional belegter Weg bis dahin.

Kann dich deine eigene Fraktion unterstützen?

Also Frank Kuschel, der Fraktionsvorsitzende, war am Anfang immer als Doppelbesetzung mit mir in meinem Ausschuss. Einfach, um mir ein Stück weit Halt zu geben. Das empfind ich als sehr, sehr wichtig und

auch wirklich als hilfreich, das hat mir wirklich sehr geholfen. Ansonsten ist es in der Tat auch so, dass, wenn frauenfeindliche Spitzen kommen oder so, sich die Männer der Fraktion geschlossen vor uns Frauen stellen. Solche Unterstützung erhält man dann schon, ja.

Als deine Schwerpunkte hast du Kinder, Jugend, Sport und Frauen benannt. Was für konkrete Themen hast du bearbeitet, was für Erfolge verbuchen können?

In Arnstadt werden vor allem Faching, Fußball und Feuerwehr unterstützt und gepusht. Das ist nicht unbedingt ein Problem und hat mich persönlich nicht gestört, aber die anderen Bereiche wurden da oft ein wenig vergessen.

Ich habe ganz intensiv mit unserer Frauen- und Gleichberechtigungsauftragten, Frau Kowa, zusammengearbeitet, um Menschen mit Einschränkungen zu unterstützen und ein barrierefreies Arnstadt zu ermöglichen. Dazu haben wir mit Bürgerbeteiligung einen Teilhabeplan auf den Weg gebracht. Das ist schon ein Erfolg, vor allem, weil wir das gegen den Widerstand unseres Bürgermeisters auf den Weg gebracht haben. Sowas ist mir ganz, ganz wichtig, weil das gut und gerne einfach vergessen wird.

Ansonsten bin ich immer ganz stolz darauf, dass ich so eng mit unserem Frauen- und Familienzentrum zusammenarbeite, ich bin da wirklich involviert mit den Frauen dort. Die machen ganz tolle Sachen. Das reicht von Aufklärung zu Rechtsextremismus über ganz einfache, banale Dinge wie Englischkurse und so weiter. Da sind auch wirklich meine Schwerpunkte, weil ich das persönlich als total wichtig empfinde.

In meiner zwölfjährigen Schulzeit ist mir nie etwas Frauenfeindliches entgegengekommen. Aber sobald man die Schule verlässt, ändert sich das. Und ich finde, wir leben immer noch in einer Gesellschaft, in der Frauen nicht gleichwertig behandelt werden, was im Bereich der Politik auch ganz deutlich wird. Deswegen setze ich auch einen Schwerpunkt auf die Frauenpolitik.

Hast du Tipps für Leute, die sich zur nächsten Kommunalwahl aufstellen lassen wollen?

Also man braucht auf jeden Fall einen ganzen Sack voll Zeit, um ehrlich zu sein. Es ist ja ein Ehrenamt, man macht das also in aller Regel neben dem normalen Job. Und auf jeden Fall braucht man eine ordentliche Portion Engagement, um das zu tun.

Viel Durchhaltekraft und vor allem auch viel Durchsetzungskraft, weil man auf einmal auf Probleme stößt, die man vorher irgendwie überhaupt nicht parat hatte. Und natürlich, ganz wichtig, eine Fraktion die vollkommen hinter einem steht.



... oder beim Infostand für DIE LINKE – Mareike Graf (links) ist aktiv in der Politik in Arnstadt
Fotos: privat

Kommunalpolitischer Initiativpreis beim Sommerfest verliehen

Auch in diesem Jahr hat das KOPOFOR beim Sommerfest wieder die Kommunalpolitischen Initiativpreise verliehen. Der Preis wird in vier Kategorien ausgelobt:

1. für besonders erfahrene Kommunalpolitiker*innen,
2. für junge Kommunalpolitiker*innen,
3. für besondere Erfolge in der Kommunalpolitik,
4. für besonderes Engagement in Bürger*inneninitiativen, Vereinigungen und Gruppierungen.

Heidrun Sedlacik, Vorstandsmitglied des KOPOFOR, führte die etwa 30 Anwesenden souverän und mit Charme und Witz durch die verschiedenen Programmpunkte des Abends. Nach einem Grußwort der Partei DIE LINKE, überbracht vom Vorstandsmitglied Bernd Fundheller, begrüßte der Vorsitzende des KOPOFOR, Markus Gleichmann, die anwesenden Gäste und Mitglieder, berichtete von Herausforderungen wie auch Veranstaltungen des Vereins sowie über das politische Geschehen seit der Mitgliederversammlung im Frühjahr. Einen besonderen Stellenwert nahm – wie sollte es anders sein – natürlich die Gebietsreform ein.



Heidrun Sedlacik dankt Gudrun Kittel

Trotz der vielen wichtigen Themen hielt Markus sich kurz, denn schließlich ging es Samstagabend nicht um politische Grundsatzreden, sondern um die Mitglieder und die Verleihung des Kommunalen Initiativpreises.

In **Kategorie 1** wurde **Gudrun Kittel** für ihre langjährige kommunalpolitische Arbeit im Kreistag Weimarer Land und im Stadtrat Apolda sowie für ihre außergewöhnliche Kompetenz im Bereich der Finanzen von Heidrun Sedlacik geehrt und mit einer Bildungsfahrt ins Eisenacher Rathaus ausgezeichnet.

Ebenfalls geehrt wurde mit **Reiner Miersch** ein weiterer Nominierter für diese Kategorie. Auch Reiner ist seit vielen Jahren kommunalpolitisch ak-

tiv, unter anderem im Stadtrat Suhl.

Tim Rosenstock wurde für sein Engagement im Kreistag Nordhausen, im Stadtrat Heringen und im Ortschaftsrat Uthleben von Frank Kuschel geehrt.

Leider konnte Tim nicht in Ichtershausen dabei sein, aber das KOPOFOR wird ihm eine würdige Preisübergabe bereiten.

Roland Büttner wurde für sein langjähriges Engagement in Erfurt und Umgebung geehrt. Er sagt stets, was seiner Meinung nach verbessert werden muss. Ihm ist es zu verdanken, dass die Plakette zum Gedenken an die deportierten und ermordeten Jüdinnen und Juden aus Erfurt restauriert und besser sichtbar angebracht wurde.

Auch hat er sich dafür eingesetzt, dass die Sichtachse vom "Rufer" auf der EGA zur Gedenkstätte Buchenwald von Bäumen befreit wird. Auch Roland Büttner war nicht vor Ort, wurde aber von Heidrun Sedlacik geehrt. Für ihn wird ebenfalls eine Preisverleihung organisiert.

In **Kategorie 4** wurde das Projekt "Bürgerbus" im Saale-Holzland-Kreis ausgezeichnet, um genau zu sein **Klaus Jünemann** (Fahrer), **Hans Peter Perschke** (Bürgermeister Schlöben), **Diethard Lumpe** (Fahrer), **Helmut Jendrasch** (Fahrer) und **Wolfgang Main** (Seniorenbeirat). Dieses Projekt sorgt dafür, dass auch Menschen ohne Familie oder ohne Auto in der Region mobil sein und beispielsweise ihre Einkäufe, Arzttermine oder Behördengänge selbst erledigen können.

In dieser Kategorie wurde außerdem die Erfurter Gruppe "LEiV – Linke Einheit in Vielfalt" geehrt, die politische Bildung für jüngere und nicht parteigebundene Menschen mit Veranstaltungen und Aktionen erfahrbar macht.



Heidrun Sedlacik moderiert das Sommerfest



Markus Gleichmann begrüßt die Gäste



Ehrung für Reiner Miersch



Der Bürgerbus fährt mit vielen Ehrenamtlichen

alle Fotos: Archiv KOPOFOR

Steigende Kosten und Kürzungen: Kulturzentren sind in Gefahr

Von Udo Nauber, Betreiber des Kulturzentrums Projekt Eins in Weimars Altstadt und Mitglied im KOPOFOR

Kulturzentren sind ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie sind Begegnungsorte für zumeist alle Altersgruppen und Bevölkerungsschichten. Das Kulturangebot reicht von Ausstellungen mit hoher künstlerischer Qualität bis zum Improvisationstheater und Tanzveranstaltungen. Sind sie nicht sogar ein Grundpfeiler für Integration in der Kommune? Immer häufiger liest man von Schließungen der „Musikclubs“ und sonstigen Begegnungsorte, oft wegen nicht gesicherter Finanzierung sowie fehlenden Strukturen und Mitteln, um heutigen Anforderungen gerecht werden zu können.

Für die Trägerschaft der kulturellen Zentren gibt es verschiedene Modelle. Beim Betreibermodell mietet ein Verein, ein privater Betreiber oder die Kommune selbst eine Immobilie an. Der Betreiber kann allerdings auch der Eigentümer sein.

Hier beginnt häufig der erste Konflikt. Der Betrieb eines Kulturzentrums kann nur gewährleistet werden, wenn man ein dauerhaft erschwingliches Angebot für Besucher macht. Jeder sollte Zugang zur Breiten- und Soziokultur haben. Doch was geschieht, wenn die Miete ansteigt, beispielsweise durch Mietspekulation, oder wenn eine neue Brandmeldeanlage nach neuesten Anforderungen im Haus eingebaut werden muss und das



Ob Party oder Bildungsworkshop – im Projekt Eins ist immer was los.

Foto: Projekt Eins

nun auf die Miete umgelegt wird? Im Idealfall ist die Kommune der Eigentümer und übernimmt die Anpassungen nach aktuellen technischen Standards. Grundsatzbeschlüsse der Gemeinderäte zur Sicherung der Kulturzentren und damit Anerkennung als struktureller Teil in der Kommune

sind ein wichtiges politisches Mittel. Ein Anstieg der Miete bedeutet für viele Betreiber einen Schnitt in ihr Kulturangebot. Das Ergebnis bleibt für Besucher nicht unbemerkt, was unter Umständen zu weniger Besuchern führt und das stellt die Daseinsberechtigung ungewollt in Frage.

Hinweise für Rahmenbedingungen durch die Kommune:

- Vernetzung der Vereine und städtischen Akteure mit Kooperationen und gemeinsamen Veranstaltungen,
- Punktuelle Unterstützung mit Förderprogrammen für Einzelprojekte,
- Strukturelle Unterstützung mit Förderung der Infrastruktur,
- Sonderstellung sicherstellen mit einem Grundsatzbeschluss zum Erhalt des Zentrums,
- Schulungen fördern,
- Tag der Vereine und Kulturbetriebe,
- Motivationen aufbauen mit Ehrenamtskarte, vergünstigten Eintritten, Parkkarten für Verantwortliche im Verein u. ä.

Termine

Infoveranstaltung Jugendhilfe

Gerade als Politiker*in in den Fachausschüssen gilt es, informiert und auf dem neuesten Stand zu bleiben. Für die Mitglieder der Jugendhilfeausschüsse sowie alle Interessierten bieten wir daher diese Veranstaltung an, bei der es insbesondere um die KITA-Gebühren geht, mit der Satzung der Stadt Erfurt als Positivbeispiel.

Die Veranstaltung findet am 21. Oktober in Erfurt statt.

Mitgliederversammlung des KOPOFOR

Zum Ende jeden Jahres findet die Mitgliederversammlung des KOPOFOR statt. Besonders freuen wir uns, dass der Thüringer Ministerpräsident, Bodo Ramelow, die Mitglieder begrüßen und sicherlich auch die ein oder



andere Frage beantworten wird. Daneben stehen die Auswertung und Besprechung der (kommunal-)politischen Lage und Aufgaben sowie die Wahl des Vorstands des KOPOFOR auf der Tagesordnung. Darüber hinaus hat der Vorstand intensiv daran gearbeitet, den Mitgliedern eine Überraschung zu präsentieren, die das KOPOFOR verändern wird.

Mobilfunk- und Breitbandausbau oder genossenschaftliche Modelle haben gute Chancen, Unterstützung zu erhalten. Man muss allerdings wissen, wo und wie sie beantragt werden können. Dieses Seminar gibt einen Überblick über verschiedene Fördermöglichkeiten, ob für die regionale Entwicklung, über Landwirtschafts- oder Sozialfonds sowie die Verbindung von Aktivitäten und Regionen.

Die Veranstaltung findet am 9. Dezember im LebensGut Cobstädt e.V. ab 9:30 Uhr statt.

Stand der Kulturpolitik und der Kulturförderung

Kulturelle Einrichtungen sind mehr als der Opersaal auf der einen oder das alternative Zentrum auf der anderen Seite. Gerade im ländlichen Raum nehmen sie eine essentielle Rolle ins-

besondere für Jugendliche ein, bieten sie doch Anlaufpunkt und Aufenthaltsmöglichkeit.

Aufblühende Landschaft

Die Förderung des ländlichen Raums wird stets von allen Seiten gefordert. Projekte zur Dorferneuerung,

besondere für Jugendliche ein, bieten sie doch Anlaufpunkt und Aufenthaltsmöglichkeit.

Trotzdem ist für Kultur zu wenig Geld da, wenn sie keine Einnahmen generiert, häufig noch weniger. Mit verschiedenen Akteur*innen wollen wir Handlungsbedarfe ermitteln und Verbesserungsideen entwickeln.

Die Veranstaltung findet im Dezember statt, weitere Infos folgen.

Sie wollen weitere Informationen zu den Vereinsaktivitäten des KOPOFOR oder wollen Mitglied werden?

Kontakt:

Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e. V.
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt

Telefon: 0361/54 12 83 89
Fax: 0361/54 15 11 42
E-Mail: info@kopofor-thuer.de
Internet: www.kopofor-thuer.de

Das KOPOFOR Thüringen erhält als Bildungsverein, der der Partei DIE LINKE nahesteht, Zuwendungen des Freistaates Thüringen (Innenministerium).

JAHRESMITGLIEDER
VERSAMMLUNG
SAVE THE DATE 14.11.2017

